

eGovernment

21. Jahrgang
Deutschland 9 €

COMPUTING

Nr. 07/2020
22. Juni 2020



3 Open Source

Kommunen und IT-Dienstleister sehen sich in ihrer digitalen Souveränität bedroht – so die KGSt.



11

Digitalfunk BOS

Die Umstellung auf einen bundesweit einheitlichen Digitalfunk ist nahezu abgeschlossen.



19

Digital Education

Ein Mix aus Präsenz- und Fernunterricht sowie digitale Helfer im Unterricht: Schule verändert sich.

In dieser Ausgabe

Politik & Verwaltung

4 | Sachsens CIO, Staatssekretär Thomas Popp, zur Rolle von eGovernment in Corona-Zeiten.

5 | Mit Spannung erwartet. Die Rolle der Digitalisierung in Hamburgs neuem Koalitionsvertrag.

6 | 130 Milliarden Euro will die Bundesregierung in das Corona-Konjunkturprogramm pumpen. Ein nicht geringer Anteil ist für eGovernment und eHealth vorgesehen.

7 | Bei ÖFIT hat man sich Gedanken darüber gemacht, welche Rolle die Digitalisierung für eine gerechte Daseinsvorsorge spielt.

Praxis & Innovation

11 | Die offizielle Corona-Warn-App steht jetzt zum Download bereit.

12 | Aktuelle Markttrends bei eGovernment und eHealth.

13 | Breitbandausbau: Gerade ländliche Gemeinden sind oft noch abgehängt.

14 | SharePoint oder Dokumenten-Management-Systeme: Welches Tool eignet sich für die Aktenverwaltung besser?

16 | Wie IT in der Praxis Ärzte und Therapeuten konkret unterstützen kann.

17 | Der Nutzen künstlicher Intelligenz anhand des Anwendungsszenarios Lungenkrebs.

Impressum Seite 24

Neue Abteilung im BMI

Seehofer bündelt Kräfte zur digitalen Verwaltung

Bundesinnenminister Horst Seehofer hat die Gründung einer neuen Abteilung im Bundesinnenministerium (BMI) bekanntgegeben. Die Abteilung „Digitale Verwaltung“ soll die weitere Digitalisierung in der Verwaltung beschleunigen. Geleitet wird die Abteilung von Ernst Bürger.

„Mit Hochdruck“ soll die neue Abteilung die Digitalisierung vorantreiben und dazu alle Kompetenzen bündeln. Vonseiten des BMI heißt es dazu: „Die vergangenen Wochen hätten die Bedeutung eines digital funktionierenden Staates verdeutlicht: In kurzer Zeit hätten Behörden bundesweit hunderttausende Anträge auf Kurzarbeitergeld, Soforthilfen für Unternehmen und andere Unterstützungsleistungen bearbeitet und Milliarden an Soforthilfen angewiesen. Ohne digitale Prozesse wäre dies nicht möglich gewesen.“ Bundesinnenminister Horst Seehofer habe daher entschieden, alle dafür erforderlichen Kräfte in einer eigenen Abteilung „Digitale Verwaltung“ zu bündeln. Auf diese Weise solle auch der erfolgreich angelaufene Prozess der Digitalisierung der Verwaltungsleistungen beschleunigt werden. Bundesinnenminister Horst Seehofer erklärte dazu: „Bürger und Unternehmen erwarten vom Staat,

„Es ist höchste Zeit, die Digitalisierung entscheidend voranzubringen.“

Horst Seehofer,
Bundesminister des Innern,
für Bau und Heimat

dass wir schnell und unbürokratisch für alle da sind. Dafür brauchen wir digitale Prozesse in unseren Behörden von A bis Z: in Bund, Ländern und Kommunen. Es ist höchste Zeit, die Digitalisierung entscheidend voranzubringen. Das hat auch die Corona-Pandemie deutlich gezeigt.“ Die Abteilung „Digitale Verwaltung“ soll zunächst aus fünf Organisationseinheiten mit insgesamt rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehen. Fortan sollen die Fäden der Verwaltungsdigitalisierung an dieser Stelle im BMI zusammenlaufen. Der Aufgabenbereich reicht von notwendigen Rechtsänderungen

über das elektronische Identitätsmanagement, Infrastrukturaufgaben bis zu den Online-Verfahren und der Registermodernisierung. Hinzu kommen zahlreiche weitere Themen aus den Bereichen Verwaltungsmodernisierung und Verwaltungsorganisation. „Bisher waren die Zuständigkeiten auf mehrere Unterabteilungen und Projektgruppen verteilt. Die neue Struktur erlaubt uns noch fokussierter und schneller zusammenzuarbeiten“, sagt Staatssekretär Dr. Markus Richter, zugleich Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik. „Ich möchte den Menschen den Zugang zu digitalen Leistungen vereinfachen.“ Zu den nächsten Projekten heißt es aus dem Bundesinnenministerium: „Dass die Digitalisierung der Verwaltung gut vorankommt, zeigen die ersten Erfolge: Das Wohngeld wurde digitalisiert und kann in den ersten Kommunen online beantragt werden. Krisenrelevan-



Ministerialdirigent Ernst Bürger, bisher stellvertretender Abteilungsleiter Verwaltungsmodernisierung & Verwaltungsorganisation im BMI, wird die neue Abteilung „Digitale Verwaltung“ leiten

te Leistungen wie der Notfall-Kinderzuschlag oder Entschädigungszahlungen für Arbeitgeber wurden in den letzten Wochen im Eilverfahren entwickelt und online gestellt. Als nächstes stehen stark nachgefragte Leistungen wie ALGII und BAföG dem Programm.“ Die neue Abteilung wird Ernst Bürger leiten, der seit 1998 für das BMI tätig ist, und Digitalisierung und Modernisierung bereits in anderen Funktionen vorangetrieben hat. **mk**

Weitere Informationen

Harunt fugia a voluptat eriae sit periat laborum quostio nseribus possunt et molorep udamendi dolorep ereium fugit

[www.weblinkdrei.de]

Kurz gemeldet

Spahn bestätigt ePA-Starttermin

Jens Spahn bekräftigte im Rahmen der DMEA sparks, dass die elektronisch Patientenakte (ePA) auf jeden Fall am 1. Januar 2021 starten wird – auch wenn es dann im Nachgang noch weitere Anpassungen geben sollte. Wichtig sei es, anzufangen. Das Vorhaben liege im vereinbarten Zeit- und Kostenrahmen. Der Minister hofft nun, dass die Ärzteschaft dabei helfe, die ePA zu einem Erfolg zu machen. Spahn beton-

te, das gehe nur, wenn sie die ePA nutzen. Der nächste Schritt sei nun, im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein gemeinsames Verständnis für den Austausch von Gesundheitsdaten zu schaffen. Im Hinblick auf die Umsetzung der Digitalisierung im Gesundheitswesen ist Spahn zuversichtlich: „In den vergangenen zwei Jahren haben wir mehr umgesetzt als in den zehn Jahren davor“. Zudem will Spahn auch die Interoperabilität in der Gesundheits-

branche weiter vorantreiben. Denn offene Schnittstellen und eine gemeinsame Sprache seien die Voraussetzung für ein vernetztes digitales Gesundheitswesen.

Hintergrundinformationen

Mit der ePA können Patienten ihre Gesundheitsdaten allen, die an ihrer Behandlung beteiligt sind, zur Verfügung stellen. Damit alle Daten gespeichert werden können, müssen die Arztpraxen und weitere Einrichtungen, wie

zum Beispiel Krankenhäuser, an die Telematikinfrastruktur (TI) angeschlossen werden. Mit dem Digitale-Versorgung-Gesetz (DVG) werden Apotheken (bis Ende September 2020) und Krankenhäuser (bis 1. Januar 2021) verpflichtet, sich an die TI anschließen zu lassen. **Über die DMEA sparks: Wegen der Corona-Krise fand die IT-Gesundheitsmesse in diesem Jahr digital statt.** **jm**

http://bit.ly/BMG_ePA